



INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR



*Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr!*

Wohnungs- und Immobilienmärkte in Deutschland

Berichte, Band 27

Mit über 300 Seiten und genauso vielen Abbildungen erhöht der Wohnungs- und Immobilienmarktbericht 2006 des BBR die Transparenz für diese Märkte. Das erscheint umso notwendiger, als das Informationsangebot der hohen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung nicht angemessen ist. Denn die Wohnungs- und die gewerblichen Immobilienmärkte haben mit der Sicherung der Grunddaseinsfunktionen Wohnen und Arbeiten eine über den monetären Stellenwert hinausgehende hohe Alltagsrelevanz. Der Bericht weitet daher den Blick über die endogenen Marktphänomene hinaus auch auf soziale, städtebauliche und siedlungsstrukturelle Fragestellungen sowie auf die Wohnsituation der Haushalte aus.

Entspannte Wohnungs- und Baulandmärkte

In der Zusammenschau der Ergebnisse zeigt sich, dass die Wohnungs- und Baulandmärkte in Deutschland weithin entspannt sind. Seit über zehn Jahren ist die Wohnungsbautätigkeit rückläufig. Mit 248 400 neuen Wohnungen bzw. 2,9 Wohnungen je 1 000 Einwohner werden im Jahr 2006 deutlich weniger Wohnungen gebaut als im langjährigen Mittel. In der Mehrzahl der Regionen stagnieren oder sinken die Mieten sowie die Immobilien- und Baulandpreise real. Rund 80 % der Kommunen weisen einen ausgeglichenen Baulandmarkt bzw. sogar Wohnbaulandüberhänge auf.

Noch nie hat es in der Bundesrepublik eine so lange Periode gegeben, in der sich die Wohnungsmärkte – von einzelnen Teilmärkten abgesehen – derart moderat entwickelt haben. Allerdings machen mancherorts erhöhter Leerstand oder Preis- und Mieten-

rückgänge auch auf Probleme aufmerksam. Auffällig sind diese Entwicklungen vor allem in den großen Ballungskernen der altindustrialisierten Regionen. Aber auch in einigen strukturschwächeren ländlichen Regionen der alten Länder haben die Leerstands- und Vermarktungsprobleme ein beachtenswertes Niveau erreicht. In Ostdeutschland dagegen konnte der Leerstand – nicht zuletzt Dank Stadtumbau Ost – verringert werden. Er beträgt im Mittel aber noch immer über 13 %.

Neue Aufmerksamkeit und Herausforderungen durch große Transaktionen

Gleichwohl unterstreichen die Übernahmen von Wohnungsunternehmen bzw. Transaktionen großer Bestandspakete der vergangenen Jahre, dass es sich beim Immobilienmarkt um einen Markt handelt, auf dem in vielen Regionen noch hinreichende Renditechancen zu erzielen sind. In diesen Räumen, aber auch bundesweit werden sich die bisherigen Anbieter zunehmend den neuen Akteuren mit anderen Unternehmenskonzepten und Bewirtschaftungsstrategien stellen und sich künftig noch stärker um ihre Marktposition bemühen müssen.

Eine tragende Rolle kommt in diesem Anbieterwettbewerb sicherlich den Nebenkosten zu: Mit zusammen 2,40 bis 2,50 €/m² erreichen die kalten und warmen Nebenkosten einen Anteil von 34 % an den Warmmieten. Ganz deutlich gewinnt auch hierdurch die Qualifizierung der Wohnungsbestände an Bedeutung. Günstige Verbrauchskennziffern werden für die Vermietung von Wohnungen zunehmend zu einem Aushängeschild.



Inhalt:

- Wohnungs- und Immobilienmärkte in Deutschland
- Regionalbarometer neue Länder
- Metropolregion Rhein-Ruhr – Ein Kunstprodukt
- Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland
- Kongress zur Zukunft der Städtebauförderung
- URBACT – Europaweiter Erfahrungsaustausch ...
- Flächenkreislaufwirtschaft: Neue Instrumente für neue Ziele
- Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung
- Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel
- Bestandssituation und Bewirtschaftungsstrategien privater Eigentümer ...
- Kommunale Konzepte: Wohnen
- Aufbruch im Umbruch
- *Neues aus der Forschung*

Eine verstärkte Hinwendung zu den Beständen bleibt aber nicht alleine eine Herausforderung für die Mietwohnungsmärkte. Sie erstreckt sich ebenso auf die Wohnimmobilien- wie auch die Baulandmärkte. In den nächsten Jahren stellt sich die große Aufgabe, eine der Nachfrage gerecht werdende Balance zwischen Neubau und Bestand zu finden. Allein in Folge der Alterung der Gesellschaft werden jährlich etwa 200 000 Eigentümerobjekte im Bestand frei. In integrierten Lagen und bei attraktiven Grundstücksgrößen sind diese konkurrenzfähig zu Neubauobjekten im Umland. Im Gegensatz dazu leidet vor allem an ländlich-peripheren Standorten die Marktposition der frei werdenden Objekte unter der Konkurrenz entspannter Baulandmärkte.

„Zurück in die Stadt“ kein Selbstläufer

Die Marktentwicklungen unterstreichen eine nach wie vor hohe Wertschätzung städtischer und integrierter Wohnstandorte. Diese gilt nicht nur für die Großstädte, sondern ebenso für Kleinstädte und Orte im suburbanen Bereich. Aber alleine um die Bevölkerung bei einer zunehmenden Wohnflächennachfrage pro Kopf in den Städten konstant halten zu können, muss das Wohnangebot ständig erweitert werden. Nur dort, wo die Städte darüber hinaus neue attraktive Wohnangebote schaffen, können sie auch mehr Familien und andere typische Stadt-Umland-Wanderere halten.

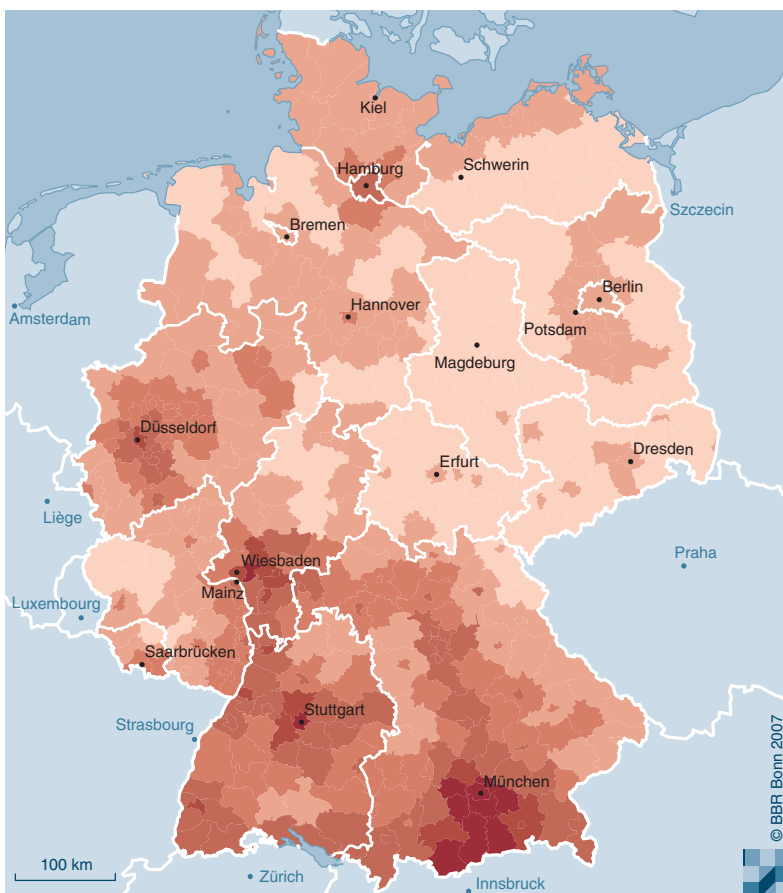
Viele Städte nehmen die Herausforderung an und richten ihre Baulandpolitik – zumindest qualitativ – neu aus. Dies zeigen z. B. die zunehmenden Bautätigkeitsanteile von Einfamilienhäusern. In nahezu jeder zweiten Kernstadt werden inzwischen mindestens so viele Einfamilienhäuser gebaut wie Geschosswohnungen. Nach Ergebnissen der BBR-Baulandumfrage erwarten die Metropolen mittelfristig sogar einen Anteil von zwei Dritteln am Wohnbaulandbedarf für das Einfamilienhaussegment.

Allerdings kommt das städtische Wohnangebot der hohen Nachfrage nicht nach. Dass durch eine aktive Bauland- und Wohnpolitik die Wanderungsverluste an das Umland gestoppt und die Vitalität der Städte gestärkt werden kann, wird vor allem an der Entwicklung von Städten in schrumpfenden Regionen deutlich. In den noch wachsenden Stadtregionen sind die Wanderungsverluste ans Umland dagegen nach wie vor hoch. Allerdings konzentrieren sie sich stärker auf das nahe Umland der Städte; je entfernter von den großen Agglomerationen, desto stärker geht die Bautätigkeit zurück.

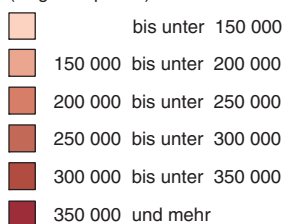
Keine weitere räumliche Ausdifferenzierung der Märkte

Dieser Struktureffekt bei der Bautätigkeit, der auch bei den Transaktionen zu beobachten ist, hat Rückkopplungen auf die durchschnittlichen gezahlten Bauland- und Immobilienpreise. So sind z. B. die durchschnittlichen Transaktionspreise für Einfamilienhäuser und Einfamilienhausgrundstücke bei annähernd konstanten Preisen in den jeweiligen Städten oder Kreisen gestiegen. Bei den Mieten gibt es ein räumliches Nebeneinander von steigenden und rückläufigen Entwicklungen. Allerdings ist zwischen den wachsenden und schrumpfenden Regionen keine weitere Ausdifferenzierung zu beobachten. Weil es nach wie vor in den wachsenden Regionen jedoch kaum Marktüberhänge gibt, können sich bei an-

Hauspreise für neue Standard-Einfamilienhäuser 2005/2006



Hauspreise für Standardhäuser (Angebotspreise) 2005/2006 in Euro



Kreise, Stand 31.12.2004 (modifiziert*)
Datenbasis: BBR-Wohnungsmarktbeobachtungssystem, IDN Immodaten GmbH

Annahmen:
Preise für Standardhäuser = Angebotspreise für Einfamilienhäuser mit 100 bis 150 m² Wohnfläche und regional gestaffelten Grundstücksgrößen (Metropolen und Großstädte: 200 bis 650 m², Umlandkreise: 250 bis 700 m², ländliche Kreise 300 bis 850 m²).

springender Konjunktur und steigenden Ausgaben für das Wohnen auch schnell wieder steigende Mieten und Preise in den jeweiligen Räumen einstellen. Im Jahr 2006 sind in einigen Räumen nur leichte Anzeichen einer Stabilisierung bzw. Anspannung des Wohnungsmarktes erkennbar.

So groß die regionalen Unterschiede der Mieten und Preise auch sind, bei den aktuellen Entwicklungen lösen sich die Grenzen zwischen Ost und West oder zwischen schrumpfenden und wachsenden Räumen nahezu vollständig auf. Auch bei der Wohnungsversorgung fallen die räumlichen Disparitäten im Vergleich zu den großen regionalen Unterschieden der Mieten- und Preisniveaus überraschend gering aus. So sind in den entspannten Märkten weder „Schrumpfungrenditen“ in Form von besserer oder günstigerer Wohnungsversorgung festzustellen, noch bewirken hohe Preise offensichtlich eine Einschränkung bei der Wohnungsversorgung.

Gewerbliche Immobilienmärkte

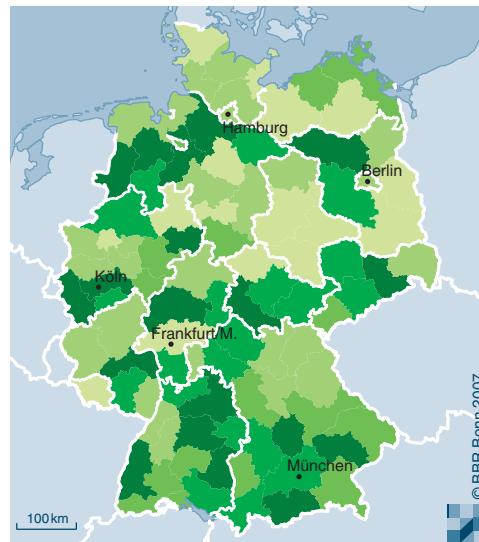
Anzumerken ist, dass das derzeitige Angebot an Daten und Informationen zum deutschen Gewerbeimmobilienmarkt den hohen Transparenzanforderungen an die international immer stärker integrierten Immobilienmärkte nicht gerecht wird. Selbst bei den beiden wesentlichen Teilsegmenten Büro- und Einzelhandelsimmobilien sind fundierte Marktinformationen fast ausschließlich auf Metropolen und Großstädte beschränkt.

Büroleerstände nicht nur in Metropolen

Hohe Leerstände prägen nicht nur die Büromärkte in den Bürohochburgen, sondern auch in den Mittelstädten. Aufgrund der Verteilung der Leerstände muss hier eine Diskussion um Bestandsqualitäten und besonders um ältere, nicht mehr marktgängige Flächenbestände ansetzen. Die neu auf den Markt kommende Büronutzfläche hat sich im letzten Jahrzehnt um mehr als die Hälfte reduziert – im Jahr 2005 waren es 3,2 Mio. m².

Drastische Mietenrückgänge haben insbesondere in den neuen Ländern und innerhalb des einfachen Segments stattgefunden. 2006 wurde hier rund ein Fünftel weniger für den Büroquadratmeter gezahlt als in den alten Ländern. Im Bundesschnitt betrug die Büromiete (nettokalt) im guten Segment 12,00 €/m², im einfachen Segment knapp 5,40 €/m². Die Zahl der Bürobeschäftigten, eine der zentralen Kennziffern für die Büroflächennachfrage, hat sich dagegen kontinuierlich auf einen Stand von rund 9,3 Mio. im Jahr 2005 erhöht. Eine von empirica im Auf-

Entwicklung der Bürobeschäftigten 2005 bis 2015



Prognose der Entwicklung der Bürobeschäftigten 2005 bis 2015 in %

Lightest Green	bis unter 4
Light Green	4 bis unter 7
Medium Green	7 bis unter 9
Dark Green	9 bis unter 11
Darkest Green	11 und mehr

Raumordnungsregionen, Stand 31.12.2005
Datenbasis: empirica, Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit

trag des BBR entwickelte Prognose schreibt diesen Wachstumstrend bis 2015 fort.

Anpassungsprozesse im Einzelhandel

Die konjunkturell bedingte Wachstumsschwäche und ein fortwährender Strukturwandel führten in den vergangenen Jahren zu nachhaltigen Anpassungsprozessen im Einzelhandelsmarkt. Beispielhaft steht hierfür die Spreizung der Mietpreisentwicklung zwischen den A-Lagen und den konjunkturabhängigeren B-Lagen. Sie weisen im langjährigen Mittel jährlich einen realen Mietenrückgang von 6 % auf. Die Spanne der durchschnittlichen Nettokaltmieten in Geschäftskernen reicht 2006 von ca. 16 €/m² bis zu 105 €/m² je nach Lage und Ladengröße.

Erkennbar werden die Folgen des Strukturwandels an einem Abbau der Beschäftigten in der Branche sowie an der massiven Ausweitung der Einzelhandelsfläche bei gleichzeitig rückläufigen Flächenproduktivitäten. Für den großflächigen Einzelhandel wird auch künftig noch ein Aufholbedarf an die international höheren Flächenstandards unterstellt. Für Handelsimmobilien werden die Folgen der Marktanteilsverschiebungen besonders am Beispiel der Fachmärkte und Lebensmitteldiscounter evident. Hier hat sich die Dynamik der Umsatzentwicklung in den letzten Jahren räumlich aus den Kernstädten hinaus verlagert. Auch der fast ausschließlich auf integrierte Lagen beschränkte Neubau von Shopping-Centern hat hier zu keiner Trendwende geführt.

Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 0228 99 – 401 22 92
E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von 25,00 €
(zzgl. Versand)

Kontakt:

Markus Sigismund
Referat II 11
Wohnungs- und Immobilienmarkt
Tel.: 0228 99 – 401 13 84
E-Mail: markus.sigismund@bbr.bund.de

Regionalbarometer neue Länder

Sechster zusammenfassender Bericht, Berichte, Band 28

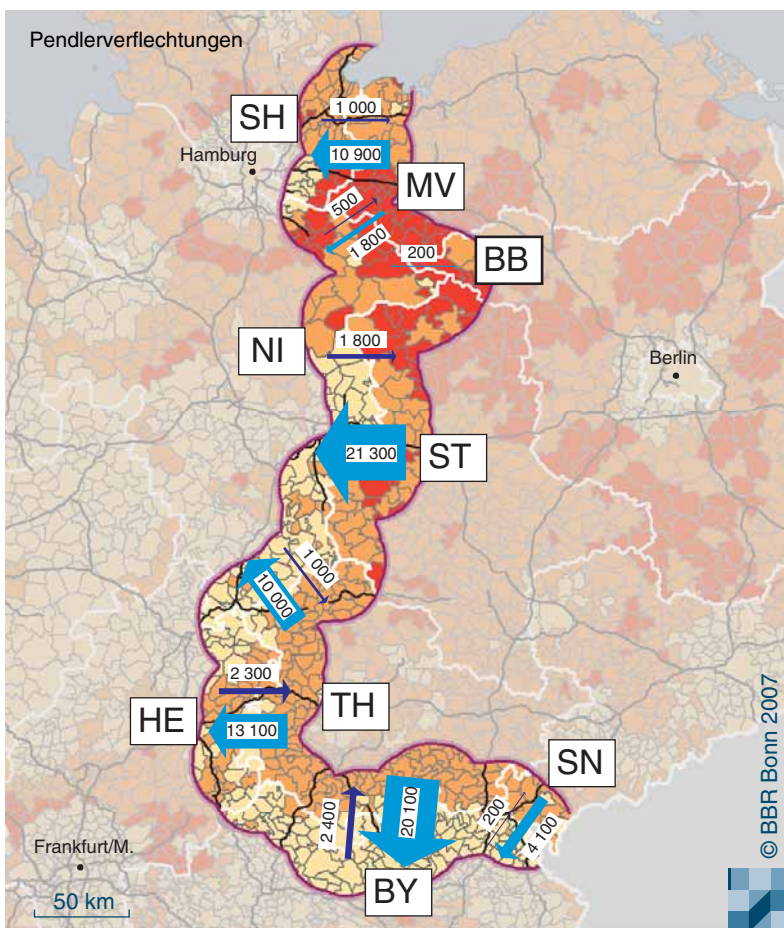
Eine lange Tradition des BBR erfährt mit diesem Bericht seine Fortsetzung. Mehr als 17 Jahre nach der Wiedervereinigung wird auch mit diesem Bericht der Frage nachgegangen, welche Fortschritte bei der Bewältigung des deutschen Einigungsprozesses erreicht wurden. Da sich die blühenden Landschaften nicht so schnell wie erhofft eingestellt haben gibt es nun schon das sechste Regionalbarometer, das sich als ein regelmäßiger Begleiter und Bewerter dieses tief greifenden Strukturwandels in den neuen Ländern versteht.

Auch in diesem Bericht werden wieder ausgewählte regionale Strukturen und Trends diskutiert, die einen differenzierten Einblick in die aktuellen Probleme der wirtschaftlichen

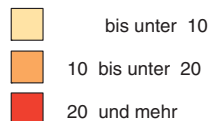
und sozialen Entwicklung der neuen Länder bieten. Die Beiträge thematisieren u. a. das Niveau und die Entwicklung der regionalen Disparitäten von Wirtschaftskraft und Arbeitslosigkeit, die Entwicklungstrends in der ostdeutschen Industrie, das Niveau der regionalen Infrastrukturausstattung sowie die aktuelle und zukünftige Wohnungsmarktentwicklung in Ostdeutschland. Wie schon in früheren Berichten gibt es auch einen Beitrag zur Einkommensproblematik, wobei gestützt auf separate BBR-Preiserhebungen die nominalen und realen Einkommensunterschiede in den Regionen Deutschlands analysiert und bewertet werden. Nicht zuletzt wird auch die europäische Perspektive mit der Einbindung ostdeutscher Regionen in die europäische transnationale Zusammenarbeit aufgegriffen.

Hier nun einige zentrale Ergebnisse dieses Berichtes:

- Das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe befindet sich weiter auf einem positiven Entwicklungspfad. Die Zuwachsraten der Produktion liegen deutlich höher als in den alten Bundesländern. Vor allem im Ausland können ostdeutsche Industrieunternehmen Markterfolge erzielen. Zwar schlägt sich dieser Erfolg noch nicht in den Beschäftigtenzahlen nieder, gleichwohl gibt es in einer ganzen Reihe von Industriebranchen bereits Beschäftigungsgewinne. Hiervon profitieren insbesondere die stärker industrialisierten Bundesländer Sachsen und Thüringen.
- Die Ost-West-Unterschiede zeigen sich noch immer in verschiedenen Dimensionen, u. a. auch bei den Berufspendlerverflechtungen (vgl. Karte). So pendelten 2005 aus dem östlichen Teil des Grenzraums täglich weit über 80 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den westlichen Teil, während es in die andere Richtung lediglich rd. 9 000 waren. Dies entspricht einem Verhältnis der Ost-West- zu den West-Ost-Pendlern von im Grenzraum ca. 9 : 1. Deutschlandweit hat sich die Zahl der Ost-West-Pendler seit 2001 um fast 10 % verringert (2001 rd. 400 000 Personen). Dagegen ist die Zahl der West-Ost-Pendler seit 2002 um mehr als 8 % gestiegen (2002 rd. 72 000 Personen).



Anteil der Pendler mit mehr als 50 km Pendeldistanz an allen SV-Beschäftigten 2003 in %



Pendlerströme zwischen den Grenzräumen nach Bundesländern und Anzahl der Pendler 2004



— Bundesautobahn

- Zentrale Einflussfaktoren auf die Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) sind die Lage im Raum, der Anteil der Beschäftigten mit einem technischen Beruf an allen Beschäftigten sowie die durchschnittliche Betriebsgröße. Eine periphere Lage wirkt sich daher eher negativ auf die Produktivität aus. Die großräumige Lage bzw. die Anbindung einer Region hat dabei den größten Einfluss unter allen einbezogenen Variablen. Da die neuen Länder bei diesen Indikatoren vergleichsweise ungünstige Ausstattungswerte aufweisen und diese sich, wenn überhaupt, nur langfristig verbessern lassen, bleibt die Überwindung der noch existenten Ost-West-Produktivitätslücke für sie eine große Herausforderung.
- Die Einkommensdisparitäten zeigen sich noch immer vor allem in der Ost-West-Dimension. Die regionalen Lebenshaltungskosten können die nominalen Einkommensunterschiede – weder zwischen Stadt und Land, Zentrum und Peripherie, noch zwischen den alten und den neuen Ländern – ausgleichen. Das bedeutet, dass die Bewohner der ostdeutschen Regionen auch nach Berücksichtigung der räumlichen Preisunterschiede noch immer einen realen Einkommensnachteil gegenüber den Westdeutschen haben.
- Auf dem Arbeitsmarkt bestehen noch immer die Ost-West-Disparitäten. Erwähnenswert ist dabei zum einen, dass sich in den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit besonders viele Arbeitslose aus dem Rechtskreis SGB II (Hartz IV) konzentrieren. Zum anderen zeigt sich die Verfestigung der Arbeitsmarktprobleme nicht nur in den ostdeutschen, sondern besonders stark auch in den westdeutschen Regionen mit einem sehr hohen Arbeitslosigkeit.
- Im Bereich der Infrastruktur sind die westdeutschen Regionen im Durchschnitt noch immer etwas besser als die ostdeutschen Regionen ausgestattet. Während der GRW-Infrastrukturindikator 2005 für die alten Länder einen Wert von 101 erreicht (Bundesdurchschnitt = 100), liegt dieser Wert für die neuen Länder bei 95. Unter den 50 am besten ausgestatteten Arbeitsmarktregionen finden sich dementsprechend nur sechs ostdeutsche Arbeitsmarktregionen. Diese Unterschiede resultieren u. a. aber auch aus der Verschiedenartigkeit der Siedlungsstruktur, weil die ostdeutschen Regionen deutlich weniger dicht besiedelt sind.
- Die Realisierung der Zielvorstellung zur Schaffung einer bundesweiten „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ ist für die Raumordnung weiterhin wesentlich. Vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen gilt es diesen Anspruch aber neu zu interpretieren: Die Sicherung von Versorgungsqualitäten erfordert punktuelle Anpassungen der Zentralen Orte und den Rückgriff auf flexiblere Angebotsformen der Daseinsvorsorge. Nicht alle privaten und öffentlichen Einrichtungen müssen einer bestimmten Hierarchiestufe im zentralörtlichen System eindeutig zugeordnet werden. Die Ziele der Regionalplanung lassen sich auch mit weniger Zentralen Orten erreichen. Angesichts der absehbaren Änderungen in der regionalen Nachfrage, vor allem infolge des verbreiteten Bevölkerungsrückgangs, ist möglichst eine Standort- und Netzstruktur zu bewahren, zu schaffen oder anzupassen, die die Versorgungs- und Erreichbarkeitsstandards einhält und unter Kostengesichtspunkten tragfähig bleibt.
- In Ostdeutschland bestehen derzeit gute Voraussetzungen, um den Wohnungsmarkt zukunftsfähig zu machen. Aufgrund der Haushaltsentwicklung ist die Nachfrage nach Wohnungen trotz anhaltender Abwanderungen noch relativ stabil. Daran wird sich auch in den nächsten 15 Jahren nur wenig ändern. Regional kann sich die Situation allerdings wesentlich prekärer gestalten, Nachfragerückgänge im zweistelligen Prozentbereich sind möglich. Die betroffenen Regionen brauchen dann weitere Wohnungsabriss und ein professionelles Management der leer stehenden Gebäude. Damit verliert der Wohnungsneubau weiter an Bedeutung. Der Wohnungsbestand rückt noch stärker in den Mittelpunkt der Wohnungswirtschaft, wobei diese sich stärker auf die weiter ausdifferenzierende Nachfrage (kleinteilig, aufgelockert, eigentumsorientiert oder eigentumsähnlich) einstellen sollte.
- Die neuen Länder haben die Vorteile einer intensiven Einbindung in die strategische, staatenübergreifende Zusammenarbeit in Europa erkannt. Ihre erfolgreiche Einbindung in Projekte der transnationalen Zusammenarbeit zeigt sich u. a. darin, dass viele Projektpartner aus ostdeutschen Gemeinden für transnationale Interreg-Projekte im südosteuropäischen Raum und im Ostseeraum gewonnen werden konnten.



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 0228 99 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von 12,50 €
(zzgl. Versand)

Kontakt:

Dr. Steffen Maretzke
Referat I 4
Regionale Strukturpolitik
und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 23 26
E-Mail:
steffen.maretzke
@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung erscheint in Kürze und ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 0228 99 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 7,50 € (zzgl. Versand)

Metropolregion Rhein-Ruhr – Ein Kunstprodukt Forum Bau und Raum, Band 3

Die in der BBR-Reihe Forum Bau und Raum erscheinende Veröffentlichung „Metropolregion Rhein-Ruhr – Ein Kunstprodukt“ geht zurück auf die Tagung „Metropolregion Rhein-Ruhr. Wunsch oder Wirklichkeit?“, die das BBR gemeinsam mit dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauforschung (ILS) des Landes NRW am 11. November 2005 durchgeführt hat. Die Beiträge in dieser Veröffentlichung sind allerdings nicht als Dokumentation dieser Veranstaltung zu verstehen, sondern bauen auf den Folgediskussionen zu dieser Veranstaltung auf.

Was kann herauskommen aus einer Tagung von Theoretikern, Analytikern und Praktikern der Raumentwicklung, die sich mit einem der wichtigsten Verdichtungsräume Deutschlands, jetzt Metropolregion Rhein-Ruhr genannt, beschäftigen,

- wenn es eigentlich mehr oder weniger Konsens ist, dass dieser Raum mehr eine Kopfgeburt dieser Experten ist, denn eine konkrete räumliche Einheit, die in der inneren Wahrnehmung der Bewohner und von Außen fest verankert ist?
- wenn darüber hinaus feststeht, dass die politische und administrative Konstruktion dieses Raumes, d. h. seine organisatorische Komplexität der Vielfalt eigentlich niemand verändern will, weil deren Veränderung eingefahrene Strukturen und lieb gewordene Funktionen (gleich Spiele) grundlegend verändern würde?
- wenn bekannt ist, dass die historischen Determinanten der Raum- und Stadtentwicklungen keine wirklichen Gemeinsamkeiten erkennen lassen, auf denen man fußen, auf die man sich berufen kann, auf denen man aufbauen kann?

Dies sind berechnete Fragen. Und die Antworten, die auf der angesprochenen Tagung gegeben wurden, endeten eigentlich auch mehr mit Vorstellungen, Wünschen, denn mit Konzepten, geschweige denn Fakten.

Tatsache ist, dass es neben einer seit Jahrhunderten weltweit bekannten Stadt, nämlich Köln, und dem derzeit noch ähnlich bekannten Bonn sowie einem national wichtigen Düsseldorf, das in Wirtschaftskreisen jedoch ebenfalls weltweit bekannt ist, ein Städte-Cluster gibt, das international als „The Ruhr“ bekannt ist, das aber eigentlich mit keinem Städtenamen prägend verbun-

den ist. Dieses Konglomerat an Städten völlig unterschiedlicher historischer Herkunft und wirtschaftlich wie sozioökonomischer Strukturen und Funktionen, die sich zudem nach dem zweiten Weltkrieg noch unterschiedlich entwickelten, hat sich gleichwohl nach 1945 zu einem zusammenhängenden Siedlungsraum in Deutschland entwickelt, der eigentlich nicht seines gleichen hat. Er ist in der Nacht auch aus dem Weltraum als solcher erkennbar, aber er hat keine von innen heraus entwickelte Identität, geschweige denn eine eindeutige Identifizierbarkeit von außen – hinsichtlich seiner sozioökonomischen Gestalt.

In Zeiten einer internationalen, europäischen wie weltweiten Konkurrenz der Metropolen untereinander um Aufmerksamkeit, bedarf es nicht nur einer Rückbesinnung auf das Erbe einer Industriekultur, die selbst nicht mehr wirtschaftlich tragend ist, sondern es müssen gesellschaftliche und ökonomisch relevante Kerne der Attraktion für die Gegenwart herausgearbeitet und gestaltet werden, die auch in Zukunft tragfähig sind. Die wegweisenden Entscheidungen in den 60er Jahren zur Schaffung einer neuen ausdifferenzierten universitären Bildungsinfrastruktur könnten sich in Zeiten der Propagierung der Wissensgesellschaft als die entscheidende Wendemarke herausstellen, wenn, ja wenn, darauf zielgerichtet aufgebaut wird.

Die Vorschläge, die in diesem Heft zur Strukturierung der Organisation dieses Metropolraumes gemacht werden, gehen von der Annahme aus, dass es diesen Raum zwar real gibt, aber dass es unreal ist, davon auszugehen, dass er auch politisch real organisiert wird, um sich selbst zu vertreten. Dazu gibt es zwar vielfältige Vorschläge, aber letzten Endes würde dies wohl auf eine Reform an Leib und Gliedern des deutschen Föderalismus hinauslaufen müssen. Gleichwohl ist dieser Raum in der Mitte Europas ein durchaus entwicklungsfähiger, zumal er in Konkurrenz zu benachbarten anderen europäischen Metropolregionen steht wie etwa der niederländischen Randstad. Hierfür eine bessere Ausgangsbasis zu schaffen, dafür bietet diese Publikation viele Ansatzpunkte, die zu durchdenken und auch umzusetzen durchaus wert sind, nicht zuletzt um der Menschen willen, die hier arbeiten und leben oder die zukünftig hier arbeiten und leben möchten.

Kontakt:

Dr. Wendelin Strubelt
Vizepräsident und
Professor
Tel.: 0228 99 – 401 22 90
E-Mail:
wendelin.strubelt
@bbr.bund.de

Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland

Werkstatt: Praxis, Heft 52

Der „Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland“ (IKM) bildete sich 2001 als Ergebnis einer fruchtbaren Zusammenarbeit der ersten Metropolregionen im Rahmen des damaligen Wettbewerbs „Regionen der Zukunft“, den das BBR zusammen mit dem BMVBS durchgeführt hat. Auch in den Folgejahren unterstützte die Bundesraumordnung die Arbeit des IKM materiell und ideell. Dadurch konnte die Zusammenarbeit zwischen den Metropolregionen und der Raumordnung im Bund und den Ländern kontinuierlich fortgesetzt werden. Das Metropolregionenkonzept der Raumordnung von 1997 konnte so konstruktiv, zusammen mit den beteiligten Regionen weiter entwickelt werden und hat Eingang gefunden in die neuen Leitbilder der Raumentwicklung, die die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) 2006 verabschiedet hat.

Das vorgelegte Heft dokumentiert die Arbeit des IKM in der durch den Bund geförderten Phase von 2004 bis 2006. Er zeigt die einzelnen Initiativen auf und ihre Wirkung auf die verschiedenen raumwirksamen Politikbereiche des Bundes und der EU. Schon jetzt handelt es sich um eine europaweit beispielhafte Erfolgsgeschichte, die sich – in Zukunft auch ohne Förderung durch den Bund – fortsetzen wird. Schließlich enthält das Heft ein Kurzporträt jeder der elf heute im IKM zusammenarbeitenden Metropolregionen in Deutschland (s. Karte).



Die Arbeit des IKM umfasste:

- die weitere Etablierung des IKM als Arbeitsgemeinschaft der Europäischen Metropolregionen,
- den Informations- und best-practice-Austausch zwischen den Mitgliedern,
- die vertiefte thematische Arbeit in Arbeitsbereichen (Begleitung der MKRO, Europa, Internationalität, Governance, Verkehr/Mobilität, Wissensregionen),
- der Austausch mit Dritten (Metropolregionen im Ausland, weitere Stadtregionen, Wissenschaft, Politik, Verwaltung),
- die Durchführung von Projekten,
- Beiträge zu relevanten politischen Entwicklungen (Leitbilder und Handlungsstrategien, EU-Strukturpolitik, TAEU),
- weitere Europäisierung sowie
- Veranstaltungen und Veröffentlichungen.

Vom Bund gefördert wurde dabei die neutrale Moderation und wissenschaftliche Begleitung durch Prof. Dr. Schäfer, Technische Universität Berlin. Diese Aufgabe umfasste:

- Vorbereitung, Moderation und Nachbereitung der Sitzungen des IKM,
- Kontakt und Zusammenarbeit mit Dritten,
- Einrichtung und Betrieb der website www.deutsche-metropolregionen.org,
- Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Veranstaltung „Metropolregionen – Bausteine für eine wettbewerbsfähiges Deutschland in Europa“ gemeinsam mit dem BBR am 24. Oktober 2006 im Rahmen der *euregia* in Leipzig sowie
- Erarbeitung des vorliegenden Forschungsberichts zur Veröffentlichung.

Der IKM hat eine klare Arbeitsperspektive für die nächsten Jahre zur Umsetzung seines Metropolraumentwicklungskonzeptes, insbesondere im strategisch-projektbezogenen Bereich. Er wird:

- die thematische Arbeit in den Fach-Arbeitskreisen weiterführen,
- die europäischen und internationalen Aktivitäten verstärken,
- das Profil des IKM klarer fassen und verstärkt kommunizieren und
- die praxisbezogene Tätigkeit und Umsetzungsorientierung schärfen.



Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann per E-Mail bezogen werden unter:
sarah.mueller@bbr.bund.de
Stichwort:
Werkstatt: Praxis 52

Kontakt:

Dr. Horst Lutter
Referat I 1
Raumentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 12
E-Mail:
horst.lutter@bbr.bund.de



Kongress zur Zukunft der Städtebauförderung

Am 13. November 2007 fand im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Berlin mit rund 500 Teilnehmern der Kongress zur Zukunft der Städtebauförderung von Bund, Ländern und Kommunen statt. Das BBR war maßgeblich an der inhaltlichen Vorbereitung beteiligt. Der Kongress wollte mit Vertretern aus Kommunen, Ländern, Verbänden und Wissenschaft zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung beitragen und eine Plattform für eine gesellschaftliche Diskussion bilden. Hintergrund für diesen Kongress sind die neuen grundgesetzlichen Regeln zur Städtebauförderung in Artikel 104b GG, die politischen Verabredungen der Koalitionsvereinbarung von 2005 sowie der politische Wunsch, der Städtebauförderung im Rahmen einer nationalen Stadtentwicklungspolitik eine öffentlichkeitswirksamere Bedeutung zu verschaffen.



Übereinstimmend wurde zunächst sowohl von Bundesminister Wolfgang Tiefensee als auch vom Vorsitzenden der Bauministerkonferenz, Minister Oliver Wittke aus NRW, festgestellt, dass die Städtebauförderung auch in Zukunft ein Instrument von Bund, Ländern und Gemeinden bleiben müsse. Nur so könne die gemeinsame Verantwortung für die Städte durch Bund und Länder wahrgenommen werden.



Quelle: deckbar.de

In der Diskussion kristallisierten sich folgende Eckpunkte heraus:

- Die Nutzer der Städtebauförderung wünschten eine stärkere Bündelung der Programmansätze. Weitere „Briefmarkenprogramme“ wurden einhellig als nicht zielführend bezeichnet. Zudem müssten Lösungen für den kommunalen Eigenanteil gefunden werden. Immer mehr Kommunen seien nicht mehr in der Lage, den notwendigen Eigenanteil aus eigenen Mitteln aufzubringen.
- Programmatisch solle die Städtebauförderung in Richtung soziale Stadtentwicklung, Stadtumbau, Denkmalschutz und Stärkung der Innenstädte gehen, wobei diese Programmschwerpunkte grundsätzlich gesamtdeutsch angelegt sein sollten.
- Bei der Auswahl von zukünftigen Maßnahmen sollten Elemente eines Wettbewerbsverfahrens eine größere Rolle spielen. Aufgrund der zeitlichen Befristung von Maßnahmen sollte hierbei dem Aspekt der Nachhaltigkeit besondere Beachtung geschenkt werden, damit die Städtebauförderung lange ihren Nutzen vor Ort entfalten könne.
- Die Impulsgeberfunktion der Städtebauförderung sollte durch Instrumente der Business Improvement Districts (BIDs) und der Housing Improvement Districts (HIDs) aufgenommen werden, um so durch privatwirtschaftliches Engagement die Gebiete der Städtebauförderung nicht nur zu stabilisieren, sondern auf Dauer sogar aufzuwerten.
- Auch die Verknüpfung der Städtebauförderung mit neuen Finanzierungsformen wie z. B. Stadtentwicklungsfonds und Mikrokredite wurde als lohnend erkannt. Ebenso erregte die innovative Idee des „Altstadtfonds“ aus Schongau, der Städtebauförderung, steuerliche Effekte für die Investoren und privates Finanz-know-how intelligent zusammenführt, viel Aufmerksamkeit.

Die Ergebnisse der weiteren Beratungen sollen nun auf dem zweiten Kongress zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik am 18. April 2008 vorgestellt werden.

Eine Kongressdokumentation wird zu Beginn des nächsten Jahres auf den Seiten des BMVBS und des BBR erhältlich sein.

Kontakt:

Dr. Markus Eltges
Referat I 4
Regionale Strukturpolitik
und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 23 38
E-Mail:
markus.eltges
@bbr.bund.de

URBACT – Europaweiter Erfahrungsaustausch zur integrierten Stadtentwicklung

URBACT ist ein Programm der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten, mit dem der Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den Städten gefördert wird. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit stehen Projekte zur integrierten Stadtentwicklung. Das Programm wurde Anfang 2003 im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II genehmigt. Vor diesem Hintergrund standen im Zentrum der jetzt auslaufenden ersten Programmperiode (URBACT I) auch der Austausch, die Weitergabe und die Multiplikation der im Laufe von URBAN erworbenen Erkenntnisse. Deshalb war die Teilnahme an URBACT I auf Städte beschränkt, die im Rahmen der Programme URBAN I bzw. II und der städtischen Pilotprojekte unterstützt wurden, sowie auf Städte mit mindestens 20 000 Einwohnern aus den neuen EU-Mitgliedstaaten.

Zwölf deutsche Städte sowie fünf Universitäten haben sich aktiv an URBACT I beteiligt. Schwerpunkt der Beteiligung war die Mitwirkung an den Thematischen Netzwerken, wobei zwei dieser Netzwerke von einer deutschen Stadt inhaltlich und organisatorisch geführt wurden: PHYRE – Physical Regeneration of Urban Areas (Kassel) und ECO-FIN-NET (Leipzig).

- Das Netzwerk **PHYRE – Physical Regeneration of Urban Areas** beschäftigte sich mit der physischen Erneuerung städtischer Gebiete. Der Fokus des Netzwerkes ging jedoch über die rein bauliche Aufwertung hinaus und beinhaltete soziale wie ökonomische Aspekte. Im Zentrum standen integrierte und ganzheitliche Betrachtungsweisen und Ansätze, die physische sowie soziale, ökonomische und Umweltprobleme berücksichtigen und auf eine Bündelung von Ressourcen und Akteuren abzielen.
- Das Netzwerk **ECO-FIN-NET** widmete sich den Möglichkeiten zur **Stärkung und Förderung der lokalen Ökonomie** in benachteiligten Quartieren. Intensiv wurden die Unterstützung lokaler Unternehmensgründungen und die Förderung von Kleinunternehmen sowie kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) als Bestandteil integrierter Stadtentwicklungspolitik untersucht. Dabei lag der Fokus auf der Analyse und Entwicklung von Unterstützungsinstrumenten, mit

denen Unternehmer aus Gebieten mit starken wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen einen besseren Zugang zu Finanzmitteln erhalten können.

Am 5. und 6. November fand im Energieforum Berlin die Abschlusskonferenz zu URBACT I und die Auftaktkonferenz zu URBACT II statt. Anders als unter URBACT I können sich jetzt im Rahmen von URBACT II alle Städte der EU, der Schweiz und Norwegens mit 10 000 und mehr Einwohnern am Programm beteiligen. Mit rund 53 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung wird URBACT II zwischen 2008 und 2013 gefördert. Damit ist die Möglichkeit einer sehr viel breiteren Beteiligung deutscher Städte gegeben.

Mit der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ haben die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister im Mai 2007 ausdrücklich die Bedeutung eines systematischen und strukturierten Austauschs von Erfahrungen und Know-how im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung unterstrichen. URBACT II bildet hierbei eine wichtige Plattform. Umfassende Informationen zu URBACT II wie das Operationelle Programm, Projektideen und anderes mehr finden sich auf der Homepage des Sekretariats (www.urbact.eu).

In der vom BBR herausgegebenen Broschüre „URBACT – Europaweiter Erfahrungsaustausch zur integrierten Stadtentwicklung“ finden sich Informationen zu URBACT I, eine ausführliche Darstellung der beiden Thematischen Netzwerke PHYRE und ECO-FIN-NET sowie ein Ausblick auf URBACT II.



Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann per E-Mail bezogen werden unter:
silvia.becker
@bbr.bund.de
Stichwort: URBACT

Umfassende Informationen zu URBACT II siehe unter www.urbact.eu

Kontakt:

Jürgen Götdecke-Stellmann
Referat I 4
Regionale Strukturpolitik
und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 22 61
E-Mail:
juergen.goeddecke@bbr.bund.de



URBACT-Konferenz 5. und 6. November 2007 in Berlin



Bearbeitung: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin und Partner

Die Veröffentlichung ist kostenlos und kann per E-Mail bezogen werden: gabriele.bohm @bbr.bund.de
Stichwort:
Werkstatt: Praxis 51

Alle Details zum Forschungsfeld sowie Veröffentlichungen (u. a. Expertisen, ExWoSt-Infos, Sonderveröffentlichungsreihe „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft, Trailer und Video Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“) unter www.flaeche-im-kreis.de

Projektleitung und Kontakt:

Dr. Fabian Dosch
Dr. Peter Jakubowski
Eckhard Bergmann
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 23 07
401 22 43

E-Mail:
fabian.dosch @bbr.bund.de
peter.jakubowski @bbr.bund.de

Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung

Ergebnisband zum ExWoSt-Forschungsfeld „Fläche im Kreis“
Werkstatt: Praxis, Heft 51

Trotz stagnierender Bevölkerung wächst die Siedlungsinfrastruktur weiter an. Sie dehnt sich im Umland der Städte aus, während Brachflächen und Leerstand in zentralen Lagen zunehmen. Nicht zuletzt Klimawandel, steigende Mobilitätskosten und der demographische Wandel verstärken die Forderungen nach **Innenentwicklung** sowie kompakten doch gleichzeitig qualitätsvollen Siedlungsstrukturen.

Flächenkreislaufwirtschaft ist eine langfristige Strategie nachhaltiger Flächenhaushaltspolitik durch vorrangige und systematische Ausschöpfung aller Flächenpotenziale im Bestand nach der Nutzungsphilosophie „Vermeiden – Verwerten – Ausgleichen“. Sie wurde erstmals im Fortschrittsbericht 2004 zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie eingefordert. Als Strategie zur Siedlungsentwicklung eignet sie sich, regional angepasst, sowohl als Umbaustrategie für schrumpfende Regionen als auch als Lenkungs- und Begrenzungsstrategie für wachsende Stadtregionen. Wie Kommunen und Regionen sich damit den ambitionierten flächenpolitischen Bundeszielen nähern können, wurde im Rahmen des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) im Zeitraum 2003 bis 2007 mit dem Forschungsfeld „Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung“ erprobt. Bearbeitet wurde es im Auftrag des Bundes vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit der Projektgruppe Stadt + Entwicklung, Leipzig, und der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia), Göttingen/Darmstadt. Die Forschungsleitung lag beim BBR.

Erstmals wurde die Vielzahl der oft schon seit längerem diskutierten Instrumentenvorschläge auf ihre Umsetzbarkeit durch die relevanten Akteure in Region und Kommune überprüft und ein realisierbares Instrumentenbündel für eine Flächenkreislaufwirtschaft (**Policy-Mix**) geschnürt. Methodisch standen Planspiele im Mittelpunkt des ExWoSt-Forschungsfelds: In fünf Planspielregionen prüften verschiedene Akteure aus dem öffentlichen und privaten Sektor gemeinsam bestehende sowie neue Instrumente zur Erreichung einer Flächenkreislaufwirtschaft.

In der zusammenfassenden **Publikation** des Forschungsfeldes werden nach einer einleitenden Darstellung der Grundlagen der Flächenkreislaufwirtschaft (Kap. 1) die Ziele des ExWoSt-Forschungsfeldes vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes beschrieben (Kap. 2). Methodisch im Mittelpunkt standen die Planspiele und als Resultat integrierte Handlungskonzepte für die Planspielregionen (Kap. 3). Ausführlich eingegangen wird auf die getesteten bestehenden und neuen Instrumente im Kontext der Bewertung durch die stadtregionalen Akteure der Planspielregionen (Kap. 4). In Kapitel 5 werden die Ergebnisse verdichtet in Form eines Policy-Mix aus bestehenden und neuen Instrumenten für eine Flächenkreislaufwirtschaft vorgestellt. Abschließend werden insbesondere die aus dem Forschungsfeld resultierenden akteurspezifischen Schlussfolgerungen, speziell in 14 Maßnahmenbündeln auch für die Bundesebene, aus Forschungssicht beschrieben (Kap. 6), und in einem Epilog aus Sicht des BMVBS eingeordnet. Im Anhang werden Akteure des und Publikationen zum Forschungsfeld wie auch die untersuchten Instrumente en Detail aufgelistet.

Das **Forschungsfeld** ist die erste umfassende experimentelle Analyse der breiten Palette von Instrumenten für eine Flächenkreislaufwirtschaft und deren Bewertung zur Realisierung durch die Akteure vor Ort. Nur im „Policy Mix“ mit regionsspezifischen Instrumenten wird sich langfristig eine Flächenkreislaufwirtschaft und das „Ziel 30-ha“ realisieren lassen. Voraussetzung dazu ist neben einer konsequenten Anwendung des umfangreichen bestehenden Instrumentariums und organisatorisch-personeller Ausstattung die Weiterentwicklung und Implementierung der wenigen neuen Instrumente(-nbündel), die sich als zielführend erwiesen haben.

Die politik- und handlungsfeldübergreifende Strategie Flächenkreislaufwirtschaft ist in der Lage, die bestehenden Defizite in der Umsetzung sektoraler bzw. isolierter Maßnahmen und Instrumente zu überwinden. In den Planspielen wurde deutlich, dass der **öffentlichen Hand** die Rolle eines zentralen Akteurs und Motors bei der Einführung und Umsetzung der Flächenkreislaufwirtschaft zukommt.

Flächenkreislaufwirtschaft: Neue Instrumente für neue Ziele

Band 3 der Sonderveröffentlichungsreihe „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“

Am 31.10.2007 hat das Statistische Bundesamt die Daten zur Flächeninanspruchnahme für die Jahre 2003–2006 veröffentlicht: Mit 113 ha/Tag liegt der Wert weit entfernt vom „30-Hektar-Ziel“ der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für das Jahr 2020. Auch wenn die Bautätigkeit und damit auch die Zunahme der Gebäude- und Freiflächen deutlich rückläufig ist, reichen offensichtlich die bestehenden Instrumente einer nachhaltigen und bestandsorientierten Siedlungsflächenentwicklung nicht aus, um die geforderte drastische Reduktion der Flächeninanspruchnahme zu erreichen.

Deshalb werden seit vielen Jahren neue Instrumente zur wirksamen Begrenzung der Flächeninanspruchnahme gefordert, und in Forschungsprojekten und -verbänden getestet. Hierbei wird **ökonomischen Instrumenten** eine hohe Bedeutung beigemessen.

Die Planspielphase II des **ExWoSt-Forschungsfeld „Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung“** konzentrierte sich deshalb darauf, die Instrumente aus der Vielzahl der seit Jahren theoretisch diskutierten herauszufiltern, denen auch aus Akteurssicht ein hohes Maß an Umsetzbarkeit und Zielerreichung zur Flächenkreislaufwirtschaft attestiert wird.

Flächenkreislaufwirtschaft – dies ist ein neuer Politik- und Steuerungsansatz nachhaltiger Stadtentwicklung. Ziel ist ein systematisches Flächenressourcenmanagement nach dem Motto „Vermeiden – Verwerten – Ausgleichen“ mit vorrangiger und systematischer Ausschöpfung aller bestehenden Flächenpotenziale im Bestand einer Stadtregion.

Arbeitsweise und Ergebnisse des Projekts werden in drei Bänden der Sonderveröffentlichungsreihe „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“ dargestellt. Theoretische Grundlagen wurden in Band 1 beschrieben. In dem hier vorliegenden Band 3 mit dem Titel „Neue Instrumente für neue Ziele“ werden jene Instrumente vorgestellt, die als notwendige Ergänzung des bestehenden Instrumentariums – ausführlich dargestellt in Band 2 – erörtert werden.

Im neu erschienenen **Band 3 „Neue Instrumente für neue Ziele“** wird vor dem Hintergrund

der spezifischen Bodenmärkte der Planspielregionen analysiert, welche Wirkmechanismen sinnvollerweise zu aktivieren wären, welche Adressaten dafür in Frage kommen und welche Anreize der Akteure genau geändert werden müssen, um eine sinnvolle und hinreichende Ergänzung des bestehenden Instrumentariums zu erreichen.

In der Publikation werden einleitend die geprüften Instrumente (Kap. 2) und ihre Operationalisierung im Arbeitsprogramm der Planspielregionen vorgestellt (Kap. 3). Zu den mehr als 30 geprüften Instrumenten zählen u. a. eine reformierte Grundsteuer, Kosten-Nutzen-Betrachtungen, eine Abgabe/Umlage auf die Neuausweisung von Bauflächen, handelbare Flächenausweisungsrechte, verschiedene Fördermaßnahmen und Subventionen wie Flächenfonds sowie eine Modifikation der rechtlichen Instrumente wie etwa eine potenzielle Freistellung von der Eingriffsregelung beim Flächenrecycling. Kapitel 4 beschreibt die Planspielergebnisse. Im abschließenden 5. Kapitel werden die Vorgehensweise im Spiegel der Ergebnisse reflektiert und Schlussfolgerungen präsentiert, die aus Sicht der Kommunen, der Länder und des Bundes zu ziehen sind.

Im **Ergebnis** haben sich – jenseits regionaler Besonderheiten – mit Kosten-Nutzen-Betrachtungen, Grundstücksfonds, einer Neuausweisungsumlage, Zweckzuweisungen und ökonomischen Anreizinstrumenten zur Innenentwicklung fünf Instrumente herauskristallisiert, die neben dem planerischen-instrumentellen und organisatorischen Rahmen auch aus ökonomischer Perspektive die Flächenkreislaufwirtschaft im Policy-Mix fördern können.

Die Kommunen ziehen u. a. bei den fiskalischen Instrumenten eine Neuausweisungsumlage der -abgabe oder den handelbaren Ausweisungsrechten vor. Zudem werden Zweckzuweisungen ebenso wie Grundstücksfonds als sinnvoll erachtet. Und die Kommunen bedürfen eines analytischen Werkzeugkastens, der ihnen die Kosten und Nutzen ihrer Ausweisungsentscheidungen vor Augen führt. So stößt die Anwendung von Kosten-Nutzen-Betrachtungen bei den Kommunen der Planspielregionen auf breites Interesse.



Bearbeitung:
Deutsches Institut für
Urbanistik (Difu), Berlin
und Partner

Die Veröffentlichung ist
kostenfrei zu beziehen
über
E-Mail:
verlag@difu.de
oder als download über
www.flaeche-im-kreis.de

Kontakt:

Dr. Fabian Dosch
Dr. Peter Jakobowski
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 23 07
401 22 43

E-Mail:
fabian.dosch
@bbr.bund.de
peter.jakubowski
@bbr.bund.de



Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel

BMVBS/BBR-Fachtagung am 30. Oktober 2007 im Umweltforum Berlin

Klimaschutz und Klimaanpassung

Der Klimawandel, mögliche Klimafolgen, und Strategien zum Klimaschutz stehen seit langem auf der politischen Agenda. Relativ neu ist die Auseinandersetzung mit Strategien zur Anpassung. Zentrale Infrastrukturen und Nutzungen sind gefährdet, wie schon die Hochwasser, Stürme und Hitzeperioden der letzten zehn Jahre gezeigt haben.

Die Folgen des Klimawandels werden viele Raumnutzungen und -strukturen betreffen. Raumplanung kann sowohl zum Klimaschutz (Mitigation) beitragen, beispielsweise über die Förderung CO₂-mindernder Raumstrukturen, als auch die Folgen des Klimawandels durch Klimaanpassung (Adaption) mindern. Anpassung steht im Wesentlichen für das Management der Klimafolgen für Mensch und Umwelt, etwa durch mehr Retentionsräume für den Hochwasserschutz.

Dem Handlungsauftrag zu Vorsorge und Folgenbewältigung stehen jedoch Unsicherheiten hinsichtlich belastbarer und regionalisierter Datengrundlagen zum Klimawandel und der Bewertung seiner Folgen gegenüber. Deshalb ist ein intensiver Dialog zwischen Klimaforschung, Raumwissenschaften und Raumplanung dringend erforderlich.

Dialog Klimaforscher und Raumplaner

Ziel der Fachtagung war es, Aufgaben und mögliche Beiträge der Raumordnung bzw. Raumentwicklung zu Klimaschutz und Anpassungsstrategien zwischen Klimafachleuten und Raumplanern frühzeitig zu erörtern. Dabei lag der Fokus auf Minderungs- und Anpassungsstrategien an den Klimawandel im regionalen Kontext.

Über 90 Klimafachleute und Raumplaner diskutierten lebhaft im Umweltforum Berlin. Die Veranstaltung wurde von einer ARGE Planungsgruppe agl, PIK Potsdam und BfAG

Meckenheim vorbereitet und moderiert. Die Teilnehmer äußerten sich positiv über den einbezogenen Expertenkreis und die offene und frühzeitige Debatte im Vorfeld geplanter Modellvorhaben ab 2009 auf Bundesebene.

Nationale Anpassungsstrategie

Ende 2008 soll eine ressortübergreifende Strategie zur Anpassung an den Klimawandel verabschiedet werden, um Risiken für die Bevölkerung, volkswirtschaftlichen Schäden und sozialen Auswirkungen vorzubeugen.

In den einführenden Beiträgen wurde betont, dass die Aushandlung des notwendigen Maßes an Sicherheit und Vorsorge nicht allein Aufgabe der Fachpolitiken sei. Vielmehr ist die Raumplanung mit integrativen Strategien und spezifischen Beiträgen zum Klimaschutz gefordert, etwa bei der Standortsuche und Bewältigung von Nutzungskonkurrenzen im Kontext von Windenergie oder dem Anbau nachwachsender Rohstoffe. Die erforderlichen Anpassungen an die Klimaveränderungen finden jedoch nur dann die notwendige Akzeptanz in der Gesellschaft, wenn sie durch transparente und belastbare Informationen zum Klimawandel und seinen regionalen Folgen untermauert werden können.

Klimaszenarien und Vulnerabilität

Dazu wurden die Zusammenhänge zwischen globalen Klima- und Emissionsszenarien sowie regionalen Klima- und Wirkmodellen für Europa vorgestellt. Im Ergebnis sind dabei die verwendeten Szenarien, Wirkmodelle und Unsicherheiten offen zu legen. Unter Vulnerabilität wird der Grad der Verwundbarkeit eines Raumes hinsichtlich nachteiliger Effekte des Klimawandels verstanden. Mit dem Konzept der Vulnerabilität können sektorale oder regionale „Hot Spots“ von Risiken identifiziert und auch Kosten und Nutzen von Anpassung und Schäden offen gelegt werden. Voraussetzung ist ein Einvernehmen um Gefährdung und Wertigkeit von Schutzgütern.

Räumliche Fachpolitiken betroffen

Im Rahmen der vormittäglichen Podiumsdiskussion wurden die potenziellen Auswirkungen des Klimawandels auf räumliche Fachpolitiken näher beleuchtet:

- Stadtklima: zunehmender Hitzestress und die Erhöhung der Mortalität, beson-



ders in den großen Städten. Ist die „kompakte“ oder „perforierte“ Stadt resilienter gegenüber dem Klimawandel? Lässt sich die Bedeutung von Freiräumen für den Klimawandel quantifizieren?

- Küstenschutz: Ist über technische Sicherungsmaßnahmen hinaus eine Integration und Koordination von Nutzungsansprüchen erforderlich, die die Raumplanung leisten müsste?



- Katastrophenschutz: Müssen vorhandene Schutzstrukturen nachgerüstet werden? Oder sollte eher die Vulnerabilität von Raum- und Infrastrukturen vermindert werden? Was bedeutet dies für so genannte „kritische Infrastrukturen“?
- Landwirtschaft: Wie lässt sich die Produktion von Biomasse mit einer multifunktionalen Raumnutzung vereinbaren? Wie können die Förderpolitiken integrative und nachhaltige Raumentwicklungen (Stichwort Gesamt-Energiebilanz) unterstützen? Wie lassen sich Nutzungskonkurrenzen auf der Fläche lösen?
- Anpassungsfähige Raumstrukturen: Welche Rolle kann die Raumplanung bei der Definition adaptiver oder resilienter Raumstruktur übernehmen? Wie lässt sich ein Diskurs über Risiken, auch im Bestand, initiieren?

Zur Rolle der Raumplanung

Die Aufgaben der Raum- und Regionalplanung wurden in drei parallelen Workshops zu Flussraummanagement und Küstenschutz, Anpassungsstrategien für Freiraumnutzungen sowie integrierte Anpassungsstrategien für Stadt und Region vertieft diskutiert.

Im Ergebnis wurde angeregt:

- eine bundesweite Koordinierung der Datengrundlagen, z. B. regionalisierte Klimamodelle oder eine bundesweite Plattform für Good-Practice-Lösungen

- die Identifikation von Gefahrenzonen und von „Hot Spots“ der raumrelevanten Klimafolgen und Nutzungskonkurrenzen
- die Bündelung integrierter Anpassungsstrategien, eines flexiblen Maßnahmen-Portfolios, „No Regret“-Strategien und umfassender Kosten-Nutzungen-Analysen anstatt einer alleinigen Fokussierung auf technische Sicherungsmaßnahmen
- die Kopplung von Anpassungsstrategien mit Modellen ökonomischer Steuerung (Kompensationsmaßnahmen, Lastenausgleich) und mit sektoralen Förderpolitiken
- die Diskussion neuer Planungsinstrumente wie „Climate proofing“, „change proofed“ oder „Vorranggebiete für den Klimaschutz“ und Innovationen
- die Notwendigkeit einer Flexibilisierung von Raumplanung zum Vorgang mit Unsicherheiten, beispielsweise durch den Einsatz von Szenariotechniken oder die Ausweisung flexibler Risikozonen
- die Rückkopplung des Klimawandels und seiner Folgen mit anderen Prozessen des gesellschaftlichen Wandels
- eine gesellschaftliche Debatte um den Wert von Schutzgütern, individuelle Risiken und Eigenverantwortung sowie den möglicherweise erforderlichen Rückzug aus Risikogebieten
- Risikokommunikation und -wahrnehmung, Risk Governance und Risk Management, strategische Partnerschaften und Verantwortungsgemeinschaften als wesentliche Handlungsansätze zur Bewältigung der komplexen Herausforderung des Klimawandels

Den Dialog festigen

Die Veranstaltung zeigte, dass der sektorübergreifende Dialog und Austausch zwischen Raumplanung und Klimaforschung wertvoll ist. Dieser sollte zum integralen Bestandteil des Forschungsprozesses gemacht werden. Viele Aspekte und offene Fragen zur Entwicklung adäquater Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel konnten fokussiert werden. Die Raumplanung kann, trotz ihrer begrenzten Rolle, mit der Entwicklung von Leitbildern für resiliente (anpassungsfähige, belastbare) Raumstrukturen eine Vorreiterrolle übernehmen, die gegenüber den raumstrukturellen Auswirkungen aller gesellschaftlichen Veränderungsprozesse robust und flexibel reagiert.

Kontakt:

Für die Forschungsassistenz
 Andrea Hartz
 Planungsgruppe agl
 E-Mail:
 andreahartz
 @agl-online.de

Dr. Fabian Dosch
 Lars Porsche
 Referat I 5
 Verkehr und Umwelt
 Tel.: 0228 99 – 401 23 07
 401 23 51

E-Mail:
 fabian.dosch
 @bbr.bund.de
 lars.porsche
 @bbr.bund.de



Bestandssituation und Bewirtschaftungsstrategien privater Eigentümer in den neuen Ländern und ihre Einbeziehung in den Stadtumbau Ost

Forschungen, Heft 131



Die Veröffentlichung ist kostenfrei und kann bezogen werden bei:
 forschung.wohnen
 @bbr.bund.de
 Stichwort:
 Forschungen 131

Eine zentrale Akteursgruppe für die Aufwertung der innerstädtischen Altbauquartiere sind die privaten Einzeleigentümer. Sie verfügen zusammen über 40 % aller Mietwohnungen in den neuen Ländern. Die Häuser der privaten Eigentümer – zum größten Teil Altbauten verschiedener Bauepochen – sind vielerorts prägend für die Stadtstruktur und das Stadtbild in den neuen Ländern. Dennoch war der Wissensstand zu den privaten Einzeleigentümern bislang unzureichend, es gab kaum belastbare Informationen. Die Studie bietet erstmals einen systematischen Überblick über die Zusammensetzung und die wirtschaftliche Situation privater Einzeleigentümer in den neuen Ländern sowie zu ihren Beständen. Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Darstellung von Strategien und modellhaften Lösungen von Kommunen zur weiteren Aufwertung der privaten Altbaubestände.

Das Heft 131 der Reihe „Forschungen“ stellt eine Vielzahl aktueller Grundlageninformationen sowie einen Überblick über kommunale Strategien zur Aktivierung privater Einzeleigentümer in den neuen Ländern dar. Gemeinsam mit der bereits in der Reihe „Werkstatt: Praxis“ veröffentlichten Studie zur Einbeziehung privater Eigentümer in den Stadtumbau West liegen nun umfassende Informationen zu dieser wichtigen Akteursgruppe vor. Sie sollen zu einer besseren Kommunikation beitragen, als Grundlage für eine verstärkte Aktivität der Partner in der Stadtentwicklung. Darüber hinaus möchte das BBR künftig auch in Modellvorhaben innovative Kooperationen unter Einbezug aller relevanten Akteursgruppen unterstützen und wissenschaftlich begleiten.



Die Veröffentlichung ist kostenfrei und kann bezogen werden bei:
 forschung.wohnen
 @bbr.bund.de
 Stichwort:
 ExWoSt-Informationen 33/1

ExWoSt-Forschungsfeld Kommunale Konzepte: Wohnen

Vorstellung der Modellstädte und der Modellvorhaben

Die bundesweite ExWoSt-Studie über Kommunale Wohnraumversorgungskonzepte (*ExWoSt Info 30/1*) führte zu der Empfehlung, die Verbreitung kommunaler Konzepte durch Modellvorhaben des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus zu unterstützen. Daher wurde das Forschungsfeld „Kommunale Konzepte: Wohnen“ eingerichtet, das sich sowohl an den Ergebnissen der vorausgegangenen Erhebung als auch an den im Rahmen der Studie entwickelten Handlungsempfehlungen orientierte. Nicht mehr Wohnraumversorgung allein, sondern verschiedene Handlungsfelder für und rund um das Wohnen im Kontext der Stadtentwicklung sind Gegenstand der Modellvorhaben.

zept Wohnen bis hin zur Umsetzung vorhandener Konzepte etwa durch den Ankauf von Belegungsrechten. Genaue Kenntnisse der Prozesse auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite sind als Entscheidungsgrundlage unverzichtbar – in wachsenden wie in stagnierenden oder schrumpfenden Regionen.

Mit den ExWoSt-Informationen 33/1 werden nun die acht Modellvorhaben, ergänzt um eine interkommunale Plattform, vorgestellt. Sie alle haben zum Ziel, innovative konzeptionelle Ansätze zur Bewältigung aktueller Anforderungen der Wohnungsmarkt- und Stadtentwicklung zu initiieren, wissenschaftlich zu begleiten und so auszuwerten, dass sie in der Praxis Nachahmung finden.

Das Spektrum der Themen und Strategien ist breit: Von der Aktivierung älterer Einfamilienhausbestände als Alternative zum Neubau im Umland über die Ergänzung aktueller integrierter Stadtentwicklungskonzepte in den neuen Ländern durch ein Fachkon-

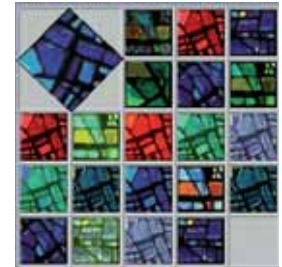
Kontakt:

Mathias Metzmacher
 Referat II 12
 Wohnungspolitische
 Analysen und Berichte
 Tel.: 0228 99 – 401 14 22
 E-Mail:
 mathias.metzmacher
 @bbr.bund.de

Aufbruch im Umbruch

Die Modellvorhaben im Forschungsfeld „Stadtquartiere im Umbruch“ haben bewiesen: der Wandel ist gestaltbar. Dennoch gibt es erkennbare und ungeahnte Stolpersteine. Zahlreiche Quartiere sind dadurch geprägt, dass die ursprünglichen Einwohner weggezogen sind und dass sich die Zusammensetzung geändert hat. Dies hat erkennbare Folgen für die Infrastruktur. Es stehen nicht nur Wohnungen leer, auch die Infrastruktur ist nicht ausgelastet, öffentliche Einrichtungen werden geschlossen.

Die Modellvorhaben haben mit Unterstützung von Referenzstädten verdeutlicht, welche Probleme in der kommunalen Praxis anstehen. Sie haben aber auch bewiesen, welche Lösungswege möglich sind. Über diese Erfahrungen und über verallgemeinerbare Erkenntnisse wurde auf der Abschlussveranstaltung in Wuppertal beraten. Die Ergebnisse sind abrufbar unter: www.stadtquartiere-im-umbruch.de. Hier die 15 Kernsätze:



- (1) Rückläufige Bevölkerungszahlen bewirken quantitativ ein „Zuviel“ an Infrastruktur. Dieses Überangebot führt örtlich zu Leerständen und prägen den Standort negativ. Solche Situationen erfordern neue Nutzungskonzepte oder den Abriss als letzte Konsequenz.
- (2) Veränderte Zusammensetzungen der örtlichen Bevölkerungsstruktur erfordern qualitativ eine Anpassung an veränderte Bedarfe und dauerhafte Flexibilität an sich weiter wandelnde Nutzungsansprüche.
- (3) Nicht-bauliche Nachnutzungen sind eine logische Konsequenz aus rückläufigen Bevölkerungszahlen, wenn sich für das Gebäude bzw. Grundstück nicht neue Nutzungen finden. Im Stadtumbau-Ost sind in 85 % der Fälle die Nachnutzungen nicht-baulicher Art.
- (4) Schließung, Abriss und Rückbau von Infrastruktureinrichtungen betreffen vorrangig solche Stadtquartiere und Bevölkerungsgruppen, die bereits durch besonderen Erneuerungsbedarf bzw. Benachteiligungen vorgeprägt sind.
- (5) Ungenutzte oder untergenutzte Infrastruktur erzeugt einen zusätzlichen Kostendruck, der wegen des Charakters „öffentlicher Daseinsfürsorge“ nicht an die verbliebenen Nachfrager im Stadtquartier weitergegeben werden kann, sondern die Allgemeinheit belastet.
- (6) Technische Infrastruktur ist standortgebunden. Die Fixkosten bleiben auch bei reduzierter Nachfrage bestehen. Deshalb erweist sich aus Kostengründen ein flächenhafter Rückbau als vorteilhaft. Dies gilt wegen der gebäudeintegrierten Netzsysteme insbesondere für die Großwohnsiedlungen im Osten.
- (7) Soziale Infrastruktureinrichtungen sind baulich durch einen konkreten Standort im Stadtquartier definiert. Die Nachfrage ist aber nicht ausschließlich auf das Stadtquartier bezogen. Das Angebot der sozialen Dienstleistung ist ebenfalls nicht zwingend standortgebunden und erfolgt zunehmend unter „Marktbedingungen“.
- (8) Gebäudeleerstände bieten ein räumliches Potenzial für Phantasie und ein Angebot für kreative Aneignung vorhandener Gebäudehüllen, besonders für „unrentierliche“ Nutzungen, die sich bisher in der Konkurrenz zu stärkeren Nutzungen nicht durchsetzen konnten. Gute Ideen brauchen aber verlässliche Bedingungen.
- (9) Abriss von öffentlichen Gebäuden ist nicht Ausdruck für Perspektivlosigkeit, sondern wesentliche Voraussetzung für kreative Aneignung des öffentlichen Raumes und für erkennbare Qualitätsverbesserung städtischer Lebensräume. Der „Leere der Räume“ ist eine „Fülle von Ideen“ entgegen zusetzen.
- (10) Von bebauung „befreite“ Flächen dürfen keine „Leerräume“ sein, vielmehr können ungenutzte kommunalen Grundstücke einen erlebbarer Beitrag zur Standortaufwertung leisten, indem „mehr Grün in der Stadt“ als Qualitätsgewinn in der alltäglichen Erfahrung wahrgenommen wird.
- (11) Die Unterschiede zwischen Ost und West sind wegen der unterschiedlichen Dynamik und Konzentration der Bevölkerungsrückgänge erheblich. Die bisher günstige soziale Infrastruktur im Osten relativiert den Verlust. Die Probleme in der technischen Infrastruktur im Osten offenbaren sich in Großwohnsiedlungen.
- (12) In Gebieten mit erheblichen Bevölkerungsrückgängen fehlt es an „harten“ Instrumenten zur Umsetzung von Entwicklungskonzepten, da die auf Freiwilligkeit ausgelegten Stadtumbauverträge nicht dauerhaft greifen. „Rückbaustrategien“ können zudem nur auf der Basis realistischer Bodenwerte erfolgreich sein.
- (13) Flächenhafte Renaturierungsmaßnahmen leisten einen wichtigen Beitrag für die Rückbesinnung auf die Lebensqualität in den Städten und auch zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Sie stehen nicht im Gegensatz zu urbanen Qualitäten, sondern fördern diese. „Urban“ bedeutet grün und kompakt.
- (14) Die Entwicklung von Nachnutzungsoptionen muss bürgerschaftlich getragen werden, weil nachfolgende Nutzungen nur mit bürgerschaftlichem Engagement erfolgreich sein können. Erfolgreiche Nachnutzungen von Infrastruktureinrichtungen bedürfen engagierter „Kümmerer“ und verlässlicher Vereinbarungen.
- (15) Nur durch eine fachübergreifende Kooperation im Rahmen integrierter Entwicklungs- und Handlungskonzepte kann eine dauerhafte Perspektive für Infrastrukturangebote und damit für die Stadtquartiere und ihre Bewohner gewonnen werden. Die Abstimmung von Fördermaßnahmen ist unverzichtbar.

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag
 Bundesamt für
 Bauwesen und Raumordnung
 Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn
 Telefon: 0228 99-401-0
 Telefax: 0228 99-401-2266
 Web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockshecker

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen
 in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.
 Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 6/2007 – Dezember

ISSN 1434 – 9590



Neues aus der Forschung – www.bbr.bund.de

Neue Internetbeiträge aus der Forschung finden Sie unter **Neues/Termine/Internetbeiträge aus dem wissenschaftlichen Bereich**. Auszugsweise sind dies

in der Rubrik **Forschungsprogramme**:

Allgemeine Ressortforschung / Raumordnung

- Grundzüge einer territorialen Kohäsionspolitik in der EU

Allgemeine Ressortforschung / Bauwesen

- Erstellung von Gebäudezertifikaten für repräsentative Regierungsbauten in Berlin

ExWoSt-Studien

- Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens
- Baukulturelle Vorbildprojekte in Deutschland und Europa

MORO-Studien

- Vorbereitung strategischer Projekte der transnationalen Zusammenarbeit

Aufbau Ost / Zukunftsplanung

- Kulturlandschaftliche Wirkungen eines erweiterten Biomasseanbaus für energetische Zwecke

Aufbau Ost / Infrastruktur

- Kooperation zentraler Orte in schrumpfenden Regionen

Zukunft Bau

- Gutachten zur Evaluation der Vergabeverfahren nach VOB

Interreg

- Interreg IV B – FAQs

in der Rubrik **Forschen und Beraten**:

Raumordnung / Raumentwicklung in Deutschland

- Landes- und Regionalplanung

Stadtentwicklung / Stadtentwicklung in Europa

- EU-Ratspräsidentschaft: Europäische Stadtentwicklungspolitik

Kontakt:

Dr. Karin Veith
 Referat I 7
 Wissenschaftliche Dienste
 Tel.: 0228 99 – 401 22 97
 E-Mail:
 karin.veith
 @bbr.bund.de

Weitere Downloads zu aktuell erschienenen Publikationen finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine** unter **Veröffentlichungen**.

Alle **Veranstaltungen** finden Sie in der Rubrik **Neues/Termine** unter **Veranstaltungen wissenschaftlicher Bereich**.